

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans der Stadt Lich sowie des Wirtschaftsplans der Stadtwerke Lich 2026, 5. November 2025

– es gilt das gesprochene Wort –

Dr. Julien Neubert

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

der heutige Abend sowie die nun anstehenden Wochen der Haushaltsberatungen stellen alljährlich einen Höhepunkt der Gremienarbeit dar. Ab dem heutigen Abend werden Sie sich ehrenamtlich, in Ihrer Freizeit bis zur nächsten Sitzungsrunde mit 712 Seiten städtischer Haushaltsplanung befassen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich empfinde die Beschäftigung mit dem Haushaltsplan der Stadt Lich sowie des Wirtschaftsplans der Stadtwerke Lich als etwas völlig anderes als die Auseinandersetzung mit einer Beschlussvorlage zu einer ganz spezifischen Thematik. Natürlich werden bei Ihnen im Zuge der Befassung mit dem Haushaltsplan auch ganz konkrete Fragestellungen und mögliche Anregungen aufkommen wie bei einer Beschlussvorlage. Nichts versetzt kommunale Entscheidungsträger aber so sehr in ein Nachdenken über die Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der kommunalen Ebene wie die Auseinandersetzung mit der städtischen Haushaltsplanung.

Gerade in Zeiten voller Ungewissheiten ist es von größter Bedeutung, dass staatliche Institutionen ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen können und auf diese Weise dem Gemeinwesen eine Zukunftsperspektive vermitteln. Tag für Tag werden wir mit den Krisen und Kriegen unserer Zeit konfrontiert. Vieles von dem, was wir für unumstößlich hielten, scheint immer ungewisser. Nach dem Ende des Kalten Krieges rief der amerikanische Politikwissenschaftler und Direktor des Zentrums für Demokratie, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit an der Stanford University, Francis Fukuyama, ganz euphorisch das „Ende der Geschichte“ aus und proklamierte, dass die liberale Demokratie sich nun überall auf der Welt durchsetzen werde. Mit seiner These und seiner Begeisterung machte Fukuyama weltweit von sich reden. Wenn man heute in die Welt blickt, kann man die seinerzeitige Aufbruchstimmung beinahe schon belächeln und man hat immer mehr das Gefühl, dass der Demokratie die Puste ausgeht.

Als glühender Demokrat blicke ich mit Sorge in die Welt. Keine Herrschaftsform hat uns so viel Wohlstand und Frieden beschert wie die Demokratie. Unsere Gegenwart zeigt, dass wir jeden Tag aufs Neue für unsere Demokratie einstehen müssen. Doch wie soll dieses Einstehen für unsere Demokratie gelingen, wenn die Kommunen, an denen die Menschen die Handlungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens festmachen, in einem erdrückenden Maße in eine Situation der Ohnmacht getrieben werden?

Es ist sicherlich genau diese Frage, die auch Sie sich dieser Tage stellen, wenn Sie sich mit dem Haushaltsplan der Stadt Lich befassen werden. Mittlerweile rückt die Lage der Kommunen auch zunehmend in den öffentlichen Diskurs und in das Bewusstsein der Menschen. Vergangene Woche übermittelten 13 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister deutscher Landeshauptstädte einen Brandbrief an den Bundeskanzler und an alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Tenor des Brandbriefs: Wer bestellt, muss zahlen. Kommunale Vertreterinnen und Vertreter sind in Polit-Talk-Sendungen keine Seltenheit mehr, sondern regelmäßige Talk-Gäste. Sogar die „Heute-Show“ im ZDF befasste sich in diesem Jahr ausgiebig mit der aussichtslosen Situation für die kommunale Ebene. Während Kommunen 25 Prozent aller staatlichen Aufgaben übernehmen, werden sie nur mit rund 15 Prozent aller staatlichen Einnahmen ausgestattet. Stellen Sie sich vor, Sie wollen mit dem Auto in den Urlaub nach Italien fahren, Sie tanken aber nur so viel, dass es gerade mal bis ins Alpenvorland reicht. Ihr Auto sagt dann: Bis hierhin und nicht weiter. Oder stellen Sie sich vor – um auf die Ihnen wohl bekannte Metapher eines Schiffs zurückzukommen –, Sie sollen mit einem Schiff in See stechen und wissen, dass Sie nicht ausreichend Proviant für die komplette Mannschaft haben. Sie wissen aber auch, dass Sie alle an Bord brauchen, um das Schiff erfolgreich ans Ziel zu bringen. Entweder Sie treten die Reise nicht an oder Sie nehmen eine Meuterei auf dem Schiff in Kauf. Wir können als Kommune nicht einfach wie ein Auto stehen bleiben oder entscheiden, dass wir als Schiff im sicheren Hafen bleiben. Wir müssen unter denkbar schwierigsten Bedingungen weitermachen, den Bedarfen der Menschen, für die wir Politik machen, gerecht werden und obendrein dafür sorgen, dass die Stimmung in den Kommunen nicht kippt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist sehr ernst und spiegelt sich im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wider. Ohne strukturelle Veränderungen bei der finanziellen Ausstattung von Kommunen werden wir in den nächsten Jahren Gefahr laufen,

keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen zu können. Was dies für die mittel- und langfristige Handlungsfähigkeit von Kommunen und für die Stadt Lich bedeutet, brauche ich Ihnen wohl nicht zu erklären. Im nächsten Haushaltsjahr stehen Erträgen von **39.405.803 Euro** Aufwendungen in Höhe von **45.335.043 Euro** gegenüber. Im Ergebnishaushalt ergibt sich folglich ein Defizit von **5.929.240 Euro**. Im Finanzhaushalt beläuft sich der Verwaltungssaldo, also der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, auf einen Betrag von **-4.096.792 Euro**. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen **7.160.805 Euro**, die Auszahlungen wiederum **6.371.390 Euro**, woraus sich ein positiver Saldo von 789.415 Euro ergibt. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit – es handelt sich hierbei um die Tilgung – belaufen sich auf **1.411.435 Euro**. Der Zahlungsmittelbedarf beträgt **- 4.718.812 Euro**.

Hinsichtlich der kommunalen Handlungsfähigkeit stellt sich zunächst natürlich die Frage, inwieweit der vorliegende Haushaltsplan überhaupt genehmigungsfähig sein wird. Der veranschlagte Fehlbedarf im Ergebnishaushalt 2026 wird bei der Aufstellung des Jahresabschlusses unter Inanspruchnahme von Überschussmitteln der ordentlichen und außerordentlichen Rücklage – gemäß der Regelung des Finanzplanungserlasses vom 30.09.2025 – ausgeglichen. Der Ergebnishaushalt gilt damit im Sinne des § 92 Abs. 5 HGO in Verbindung mit § 24 GemHVO als genehmigungsfähig. Der Finanzhaushalt wird wiederum über ungebundene liquide Mittel ausgeglichen – eine Möglichkeit, die den Kommunen wieder nur per Erlass und nicht per Gesetz eingeräumt wird.

Ich gehe angesichts der doch sehr deutlichen Zahlen davon aus, dass sich niemand unter Ihnen von der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts allzu sehr beruhigen lässt und zu einer anderen Situationsbewertung der aktuellen Lage kommt, als ich zu Beginn meiner Haushaltsrede. Schauen wir uns nämlich die mittelfristige Finanzplanung an, sehen wir kein Licht am Ende des Tunnels, vielmehr müssen wir eine weitere Eintrübung befürchten. Für die Folgejahre 2027 bis 2029 rechnen wir aktuell mit Defiziten von knapp 4,7 Mio. Euro im Jahre 2027, knapp 5 Mio. Euro im Jahre 2028 und über 6,5 Mio. Euro im Jahre 2029. Im Jahre 2029 – und mit diesem Umstand sind heute bereits andere Kommunen konfrontiert – wird ein Rückgriff auf die Rücklage nicht mehr möglich sein, da diese bis dahin aufgebraucht sein wird.

Zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Pflichtaufgaben und zum Erhalt der örtlichen Infrastruktur mussten die Kommunen in den letzten Jahren viel Geld in die Hand nehmen und werden dies auch weiterhin tun müssen. Dies macht sich auch bei einem Schuldenstand der Stadt Lich von mittlerweile über 34 Mio. Euro bemerkbar. Dass der Bundesfinanzminister und Vizekanzler die Infrastruktur in Deutschland als peinlich bezeichnet – eine Kritik, die sicherlich jeder mittragen kann –, lässt aufhorchen, verknüpft man mit einer solchen Aussage doch auch die Erwartung, dass den Kommunen endlich effektiv bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unter die Arme gegriffen wird, damit Investitionen in die Zukunft eben nicht eine hoffnungslose Verschuldung der Kommunen bedeuten. Wie sieht jedoch die Realität aus? Hierzu habe ich ein Beispiel. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, dass ich in meiner letzten Haushaltsrede die Tatsache monierte, dass wir für die Herstellung neuer Kindergartengruppen nach wie vor keine Investitionskostenzuschüsse erhalten. Pro Gruppe waren dies immerhin einmal 250.000 Euro, also fast ein Viertel der Investitionskosten. Die Kosten für die Investitionen im Kindergartenbereich haben wir in den letzten Jahren alleine getragen und Sie wissen, dass wir hier großen Herausforderungen gegenüberstanden. Doch nicht nur die Investitionskosten belasten den städtischen Haushalt. Wir müssen auch über die Folgekosten sprechen, die uns niemand abnimmt. Keine Fördermittel bedeutet nämlich auch, dass wir solche nicht als Sonderposten gegen die Abschreibung auflösen können, die es im Ergebnishaushalt neben den Zinsen abzubilden gilt.

Jetzt könnte man meinen kritischen Ausführungen entgegenhalten, dass sich dies durch das Sondervermögen Infrastruktur ändern wird. Sicherlich ist es mehr als überfällig, dass in unserem Land alle staatlichen Ebenen massiv in die Modernisierung der Infrastruktur investieren und dies nicht übergebühlich den Kommunen überlassen wird. Dennoch gehört zur Wahrheit auch dazu, dass durch Investitionskostenzuschüsse die Schulden von Kommunen nicht abgebaut werden und dass sich völlig überschuldete Kommunen mit Folgekosten auseinandersetzen müssen, die sie ja jetzt schon nicht tragen können.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass eine genauere Betrachtung des Haushaltsplans nicht mehr viel mit dem Ideal der kommunalen Selbstverwaltung zu tun hat. Betrachten wir zunächst den Ergebnishaushalt und werfen einen genaueren Blick auf die Ausgabenstruktur, zeigt sich, wie klein die kommunalen Freiheitsgrade mittlerweile geworden sind. Über 16 Mio. Euro führen wir im nächsten Jahr über die

Kreis- und Schulumlage an den Landkreis ab. Dieser Betrag wird sich durch die angekündigte Anhebung der Kreisumlage um ein Prozent sowie der Schulumlage um 0,75 Prozentpunkte um rund 450.000 Euro im Nachgang noch erhöhen. Die Gewerbesteuer- und Heimatumlage beansprucht knapp 1,2 Mio. Euro. Die Personalkosten erhöhen sich massiv und belaufen sich nunmehr auf über 13,5 Mio. Euro, wobei der Anstieg in erster Linie, wie im Vorjahr auch, auf Tarifsteigerungen zurückzuführen ist und über 6 Mio. Euro alleine die Kindertagesbetreuung ausmacht. Auf Stellenzuwächse wurde verzichtet. Diese beziehen sich lediglich auf den Sozial- und Erziehungsdienst. Die Höhe der Abschreibungen erreicht einen Wert von über 2,8 Mio. Euro und die Zinslast liegt wiederum über 1,3 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen bei etwa 6,4 Mio. Euro und die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse lassen sich auf etwa 3,5 Mio. Euro beziffern. Unter letzteres fallen beispielsweise auch Zuweisungen an die freien Träger im Bereich der Kindertagesbetreuung, die etwa 3 Mio. Euro ausmachen. Werfen Sie einen genaueren Blick auf die Sach- und Dienstleistungen, entweder bei der Übersicht für den Gesamtergebnishaushalt oder in den einzelnen Produkten, werden Sie rasch feststellen, dass hier nicht die ganz großen Stellschrauben ausgemacht werden können, was Handlungsspielräume und Einsparpotenziale anbelangt, verbergen sich hinter diesen Kosten doch unter anderem Energiekosten, Kosten für die bauliche Unterhaltung, für erforderliches Material oder auch für die EDV. Wenn Sie all diese Aufwendungen addieren, werden Sie feststellen, dass man sich kommunale Selbstverwaltung auch anders vorstellen kann. Der Magistrat hat sich ganz bewusst dafür entschieden, freiwillige Leistungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise die Vereinsförderung oder das Kulturbudget, nicht zu reduzieren oder gar zu streichen, da wir in der Pflicht sind, unseren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Im Bereich der Privatförderung wurde hingegen das Licher Klimageld gestrichen.

Während bei den Ausgaben der Trend weiter nach oben geht, lässt sich bei den Einnahmen bei den meisten Ertragsarten eher Stabilität und allenfalls ein leichter Anstieg feststellen. Und da sind wir auch schon beim Kernproblem: Unsere Aufgaben und Ausgaben wachsen an, jedoch nicht unsere Einnahmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich gewiss noch daran erinnern, dass ich im Rahmen der Debatte um die Abschaffung der Straßenbeiträge immer wieder deutlich machte, wie sehr sich die Haushaltslage noch eintrüben werde und dass wir auf jede Einnahme angewiesen sind und ein Einnahmeninstrument, wie beispielsweise Straßenbeiträge, nicht so einfach

aus der Hand geben sollten. Mehrheitlich stieß meine Prognose auf Skepsis – anders lässt sich nicht erklären, dass man in Zeiten, in denen es zu investieren gilt, wichtige kommunale Einnahmequellen versiegen lässt. Die seinerzeit vorgetragene Gegenargumentation zu meinen Warnungen, dass man aufgrund üppiger Rücklagen den Ausfall der Straßenbeiträge nicht eins zu eins gegenfinanzieren müsse, war damals genauso falsch wie heute und verschließt die Augen vor Liquiditätsproblemen.

Da der städtische Haushaltsplan zum wiederholten Male ein siebenstelliges Defizit aufweist und dies sich ebenfalls zum wiederholten Male bei den Jahresabschlüssen bestätigt, hat sich der Magistrat angesichts zunehmender Einnahmenausfälle sowie stark schrumpfender Rücklagen dafür entschieden, nach langer Zeit den Hebesatz der Grundsteuer B nach oben anzupassen. Während im vergangenen Jahr durch die Beibehaltung der Hebesätze entgegen den Empfehlungen des Landes Hessen die Bürgerinnen und Bürger bereits effektiv zusätzlich belastet wurden, was ich bei meiner letzten Haushaltsrede auch ganz offen als eine Steuererhöhung titulierte, erfolgt im nächsten Jahr eine weitere Belastung durch die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 470 auf 640 Prozentpunkte. Wir sprechen von einer Steuererhöhung von rund 36 Prozent.

Sie können mir glauben, diese Anpassung hätten wir alle gerne vermieden, zumal der Hebesatz der Grundsteuer für alle gleich ist und keinerlei Umverteilungseffekt kennt. Die Grundsteuer ist und bleibt aber eine ganz entscheidende Einnahmequelle, die wir selbst steuern und kontrollieren können. Durch den erhöhten Hebesatz können wir mit jährlichen Mehrerträgen im Bereich der Grundsteuer B von rund einer Million Euro rechnen. Sie sehen, nur ein Bruchteil des hohen Defizits kann durch diese doch beträchtliche Erhöhung des Hebesatzes kompensiert werden. Insgesamt planen wir somit für das nächste Jahr Erträge durch die Grundsteuer B von knapp vier Millionen Euro. Aufgrund einer glücklicherweise positiven Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen in diesem Jahr haben wir den Ansatz für das kommende Jahr – eher vorsichtig – um 250.000 Euro auf 7,5 Mio. Euro erhöht. In dem von mir heute eingebrachten Haushaltsplan werden Sie einen unveränderten Hebesatz bei der Gewerbesteuer feststellen. Allerdings muss ich Ihnen auch hierbei ankündigen, dass wir uns im Zuge der Änderung der Hebesatzsatzung ebenso mit dem Hebesatz für die Gewerbesteuer auseinandersetzen werden. Ein vergleichsweise niedriger Hebesatz im Bereich der Gewerbesteuer stellte meines Erachtens in den vergangenen Jahren einen wichtigen Standortvorteil für die Stadt

Lich dar. Ich würde diesen Hebesatz gerne unverändert lassen, doch wenige Wochen nach Feststellung des Haushaltsplans durch den Magistrat wurden wir über unseren kommunalen Spitzenverband darüber informiert, dass der Nivellierungshebesatz der Gewerbesteuer in Hessen auf 381 Punkte festgesetzt werden soll. Sollten wir also den Gewerbesteuerhebesatz bei 360 Punkten belassen, würde die Stadt Lich im kommunalen Finanzausgleich (KFA) so behandelt werden, als würde sie Einnahmen in Höhe des Nivellierungshebesatzes generieren. In diesem Falle bekommt eine Kommune wie die Stadt Lich eine Steuererhöhung in Zeiten steigender Haushaltsdefizite von oben aufoktroziert. Einige von Ihnen können sich womöglich noch daran erinnern, dass dies vor wenigen Jahren bereits der Fall war, als der Nivellierungshebesatz auf 360 Punkte festgelegt wurde und somit der Hebesatz in Lich von 320 auf 360 Punkte angehoben werden musste.

Die erst kürzlich und nach Feststellung des Haushaltsplans vom Land angekündigten Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich (KFA) bedeuten für die Stadt Lich nicht die erhofften Einnahmensteigerungen. Im Jahre 2026 bedeuten die angekündigten Veränderungen im KFA Mehreinnahmen von rund 170.000 Euro im Vergleich zu der Ihnen vorgelegten Planung, im Folgejahr lediglich etwa 10.740 Euro und im Jahre 2028 sogar eine Verschlechterung von etwa 91.000 Euro, bevor erst im Jahre 2029 Mehreinnahmen von etwa 1,5 Mio. Euro zu erwarten sind. Im Angesicht der mittelfristigen Haushaltsplanung und der beschriebenen Defizite reichen die bisher beschlossenen Änderungen im KFA bei Weitem nicht aus, um die Lage der Kommunen zu verbessern.

Der bei meinen beiden letzten Haushaltsreden dargelegte Kurs im Bereich des Finanzhaushaltes setzt sich auch im kommenden Jahr fort. Priorität bei den Investitionen haben unsere Pflichtaufgaben, wie etwa die Kindertagesbetreuung oder der Brandschutz. Bereits begonnene Maßnahmen, wie etwa die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Muschenheim oder der Neubau des Dorfgemeinschaftshauses in Bettenhausen sowie die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses in Nieder-Bessingen, werden fortgeführt und Maßnahmen, die eine hohe Förderquote erwarten lassen, wie etwa bei der Umsetzung des Fuß- und Radwegekonzeptes oder bei der Dorfentwicklung, sind weiterhin für das nächste Haushaltsjahr vorgesehen. Ich möchte dies, wenn auch eher kurzfristig, anhand weniger Zahlen festmachen. Die Gesamtsumme der investiven Auszahlungen liegt bei 6,37 Mio. Euro. Aufgrund der noch vorhandenen Haushaltsermächtigungen bei bereits begonnenen Maßnahmen fällt die Investitionssumme im Vergleich

zu vergangenen Haushaltsjahren deutlich geringer aus. Die angesprochenen Schwerpunkte im Bereich der Kindertagesbetreuung lassen sich auf rund 800.000 Euro beziffern. Benötigt werden diese Mittel vorrangig für Planungsleistungen bei den eigenen Kindertageseinrichtungen, wie etwa für den Neubau der Kindertageseinrichtung in Muschenheim. Bei den freien Trägern fließen die Mittel in den Neubau einer Kindertagesstätte mit Familienzentrum durch das Deutsche Rote Kreuz in den Guteleutsgärten, aber auch in die Installation der städtischen Container-Kindertageseinrichtung aus Eberstadt in Langsdorf, sodass die angemieteten Container zurückgegeben werden können, um den städtischen Haushalt um die entsprechenden Mietausgaben zu entlasten. Perspektivisch steht in der Kindertagesbetreuung neben dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Landkreis Gießen zur Realisierung eines Gemeinschaftsbaus für Grundschule und Kindergarten in Langsdorf sowie dem Neubau der Kindertageseinrichtung in Muschenheim auch noch die grundhafte Erneuerung eigener Einrichtungen in der Kernstadt an. Sie können sich sicher sein, dass hierfür auch noch einige Gelder zu verausgaben sind, für die Fördermittel dringender denn je benötigt werden. Der Teilhaushalt Brandschutz sieht Investitionen von knapp 1,3 Mio. Euro für die Neubeschaffung von Fahrzeugen sowie den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Bettenhausen vor. Die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Eberstadt wird im Rahmen der baulichen Unterhaltung abgewickelt, investiv wird uns wiederum die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Langsdorf in naher Zukunft beschäftigen. An dieser Stelle kann ich lobend die Initiative der Landesregierung zur Reduzierung des Standards zur Genehmigung von Feuerwehrgerätehäusern erwähnen.

Bei der Analyse des Investitionsprogramms werden Ihnen gewiss Investitionskosten in das Hallenbad von über 1,4 Mio. Euro in besonderer Art und Weise auffallen. Gerne nutze ich die Gelegenheit und kommentiere diese geplante Maßnahme. Der Hallenbadverein, der in der Vergangenheit einen jährlichen Investitionskostenzuschuss von 25.000 Euro erhielt, welcher ja mittlerweile auf 50.000 Euro erhöht wurde, plant umfassende Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie die Einrichtungen behindertengerechter Duschen. Hierfür bewarb sich die Stadt Lich zusammen mit dem Verein um Fördermittel aus dem „SWIM Plus“-Programm. Für die Förderung müssen entsprechende Mittel im städtischen Haushalt abgebildet werden. Mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2026 kommen wir dieser Verpflichtung nach. Zugleich wird bei genauer Betrachtung der Einzahlungen deutlich, dass neben Fördermitteln von knapp 760.000 Euro der Verein über 600.000 Euro aufbringt und sich der städtische Anteil aus der

Kumulation der jährlichen, angesparten Investitionskostenzuschüsse ermitteln lässt. Ich erwähne diese Maßnahme aus dreierlei Gründen. Erstens möchte ich ein Vereinsengagement loben, welches nicht selbstverständlich ist, aber doch sinnbildlich für unsere schöne und lebendige Stadt mit ihren engagierten Vereinen steht. Die Mittel, mit denen sich ein Verein hier für ein Hallenbad einsetzt, sind mehr als beträchtlich. Zweitens werden wir für die Realisierung von Projekten, die für die Versorgungssituation von unserer Stadt von enormer Bedeutung sind, aber eben nicht in den Katalog der Pflichtaufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge fallen, starke zivilgesellschaftliche Kooperationspartner wie den Hallenbadverein sowie Fördermittel benötigen. Drittens möchte ich aber auch noch einmal unterstreichen, dass es durch regelmäßige Investitionen in das Hallenbad und durch eine vorbildliche Bauunterhaltung gelungen ist, ein Bad zu erhalten, welches heute, wenn nicht in dieser besonderen Art und Weise fortwährend investiert worden wäre, zu Sanierungskosten führen würde, die jeden Rahmen sprengen. Beispiele aus anderen Kommunen, wo nunmehr Investitionen von über 15 oder gar 20 Millionen Euro anstehen, unterstreichen dies. Insofern sollten auch wir als Stadt den Pfad der Modernisierung unserer Infrastruktur nicht aus dem Auge verlieren, denn ein Verschleppen von Investitionen kommt uns am Ende des Tages teurer als eine regelmäßige Investition in unsere Infrastruktur – wenngleich dies in der aktuellen Situation schwieriger denn je ist und ein striktes Priorisieren und ein Ringen um Förderungen mit hohen Förderquoten mit sich bringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Investitionen der vergangenen Jahre haben sich ausgezahlt. Durch über 300 neue Kindertagesbetreuungsplätze konnten wir Familien entlasten und unterstützen. Investitionen in unsere Infrastruktur werden von den Menschen gut angenommen und Bürgerinnen und Bürger können ganz konkret erkennen, dass ihre Steuermittel in unsere Zukunft vor Ort investiert werden. Damit uns dies aber weiterhin gelingt, brauchen wir dringend echte Unterstützung von Bund und Land. Während nach Berechnungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes aufgrund des Verhältnisses von Land und Kommunen an der Investitionstätigkeit etwa 75 bis 83 Prozent des Sondervermögens in die Kommunen in Hessen fließen müssten, hat sich die Landesregierung nunmehr auf rund 72 Prozent festgelegt. Auch wenn einige dies feiern, muss ich Wasser in den Wein gießen, denn der Betrag hätte deutlich höher sein müssen und unter die zu fördernden Maßnahmen fallen ganz klassische Pflichtaufgaben und somit werden eben nicht zusätzliche Handlungsspielräume eröffnet. Sollte dies so kommen, werden wir viele wichtige Investitionen nicht tätigen können, zumal

das Thema Folgekosten strukturell nicht seitens der Landesregierung angegangen wird. Insofern gilt es, diese Notwendigkeit ständig und immer wieder aufs Neue den Verantwortlichen in Wiesbaden und Berlin ins Bewusstsein zu rufen.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich an dieser Stelle in einem deutlich kürzeren Rahmen auf den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke Lich eingehen, der am 24. September dieses Jahres von der Betriebskommission beschlossen wurde. Einem strukturellen Defizit im Wirtschaftsplan der Stadtwerke mussten wir mit einer längst überfälligen Gebührenerhöhung im Wasser- und Abwasserbereich im vergangenen Jahr entgegenwirken. Trotz der Gebührenanpassung rechnen wir im Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Haushaltsjahr 2026 weiterhin mit einem Defizit. In der Wasserversorgung stehen einem Gesamtbetrag von ordentlichen Erträgen von **1.887.605 Euro** Aufwendungen in Höhe von **2.479.395 Euro** gegenüber. Im Bereich der Abwasserbeseitigung verzeichnen wir ordentliche Erträge von **3.271.635 Euro**, wobei wir Aufwendungen in Höhe von **3.964.011 Euro** planen. Somit können wir in der Wasserversorgung einen Fehlbedarf von **-591.790 Euro** sowie in der Abwasserbeseitigung von

-692.376 Euro verzeichnen. Insgesamt sind Investitionen in Höhe von **3.003.200 Euro** vorgesehen. Was bei dem Blick auf die Investitionen deutlich wird, ist, dass etwa zwei Drittel der geplanten Investitionssumme im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen durch die Stadt Lich umgesetzt wird. Die größte bevorstehende Maßnahme im Bereich der Stadtwerke im kommenden Jahr wird weiterhin die Erneuerung des Kanal- und Wasserleitungsnetzes im Zuge der Erneuerung der Ortsdurchfahrt Muschenheim sein. Ebenso werden wir die Planungen für die Modernisierung unserer Kläranlagen und die Erweiterung unserer Brunnen- und Hochbehälterkapazitäten vorantreiben. Insofern bringt der Wirtschaftsplan für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in diesem Jahr keine nennenswerten Überraschungen mit sich. Wenngleich die Abarbeitung der in den Stadtwerken ausstehenden Großprojekte, wie etwa die Erneuerung der Kläranlagen, viel Zeit beansprucht und noch im Stadium der Machbarkeitsstudie und Vorplanung befindlich ist, so möchte ich in diesem Moment noch einmal daran erinnern, dass es uns im Bereich der Stadtwerke in den letzten Jahren überhaupt erst einmal gelingen musste, den Eigenbetrieb derart aufzustellen, dass er überhaupt handlungs- und arbeitsfähig ist. Als ich vor knapp sechs Jahren mein Amt als Bürgermeister antrat, fand ich im Bereich der Stadtwerke keine technische Betriebsleitung, keine Tiefbautechniker, keinen Abwassermeister und nicht ausreichend Kräfte zur Erfüllung der

Eigenkontrollverordnung vor. Es war alles andere als einfach, die für den Betrieb der Stadtwerke erforderlichen personellen Ressourcen zu gewinnen. Umso mehr freue ich mich heute darüber, dass uns dies nach und nach in den letzten Jahren gelungen ist und sich ein gut funktionierendes Team zusammengefunden hat.

Auch wenn bereits eine längst überfällige Gebührenanpassung im vergangenen Jahr vorgenommen wurde, so wird uns eine Neukalkulation der Gebühren nicht erspart bleiben, wurde bei der letzten Erhöhung doch zunächst nur eine Anpassung für einen Zeitraum von zwei Jahren berechnet. Die Tatsache, dass wir nach wie vor trotz Gebührenerhöhung ein Defizit im Ergebnishaushalt aufweisen, sollte uns nicht die Augen vor der Notwendigkeit einer erneuten Gebührenanpassung verschließen lassen. So offen und ehrlich muss dies kommuniziert werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu gerne hätte ich Ihnen heute einen weitaus positiveren Ausblick auf die nächsten Jahre gegeben. Meine Ausführungen machen deutlich, dass unsere Handlungsfähigkeit weiter deutlich eingeschränkt und in den nächsten Jahren auf ein derartiges Minimum reduziert wird, sodass wir mittelfristig um eine Genehmigungsfähigkeit des Haushalts bangen müssen. Als Stadt Lich stehen wir in der kommunalen Familie mit diesem Problem nicht alleine da. Wir alle wissen aber auch, Jammern füllt keine Kammern. Insofern gilt es, weiterhin Prioritäten zu setzen und transparent zu kommunizieren, was wir uns finanziell leisten können und was wir uns eben nicht leisten können. Angesichts der dramatischen Verschlechterung der Finanzierungsdefizite kommunaler Haushalte bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung es endlich schafft, das wirtschaftliche Klima in unserem Land zu verbessern und dass es Bund und Land gelingt, den Ankündigungen und Signalen in Richtung der Kommunen auch Taten in Form von vollumfänglicher Unterstützung bei der Erledigung uns zugewiesener Aufgaben folgen lässt.

Der britische Schriftsteller Robert Louis Stevenson sagte einst: „Im Leben kommt es nicht darauf an, ein gutes Blatt in der Hand zu haben, sondern mit schlechten Karten gut zu spielen“. Möglicherweise ist es genau diese Haltung, die es in Zeiten wie diesen braucht, möglicherweise erkennt eine solche Haltung aber auch, dass wir trotz der dramatischen Haushaltslage über einen großen Schatz verfügen – und das ist unsere Stadt mit all ihren Menschen und ihrem lebendigen Ehrenamt. Ob im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, des Sports, von Kunst und Kultur oder

im Kontext der Unterstützung von Menschen, die beispielsweise durch Alter, Krankheit, Flucht und Vertreibung auf Hilfe angewiesen sind – überall finden wir in unserer schönen Stadt Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Wir haben Vereine und Initiativen an unserer Seite, die uns dabei unterstützen, eine Vielzahl freiwilliger Leistungen überhaupt erst möglich zu machen und die auch im Bereich der Daseinsvorsorge mittlerweile unerlässlich geworden sind. Gerade weil wir über diesen Schatz verfügen, sollte Politik in herausfordernden Zeiten zusammenrücken, weiterhin eine Vision für unsere Stadt haben und den Menschen Halt und Orientierung im Guten wie im Schlechten vermitteln.

Nicht nur ich als Bürgermeister, sondern auch Sie tragen Verantwortung dafür, dass es uns gelingt, diesen Halt und diese Orientierung zu geben. Die nun anstehenden Haushaltsberatungen sind die letzten in dieser Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung. In den letzten Jahren habe ich immer wieder und wieder deutlich gemacht, dass Demokratie auch stets ein Ringen um die besten Ideen ist. Das Ringen muss aber auch zu einem Ergebnis führen. Wenn sich das Ringen um die besten Ideen aber regelmäßig in einer Inszenierung von Empörung erschöpft, dann ist sicherlich niemandem geholfen. Zu oft habe ich es in den vergangenen Jahren erlebt, dass Beschlussvorlagen oder Mitteilungen aus dem Magistrat keine Chance hatten, einer konstruktiven Debatte zugeführt zu werden, weil die ersten Reaktionen auf diese offenbar sorgfältig vorbereitete Polemiken waren. Leider nahm in den vergangenen Jahren nicht jeder das Angebot des Dialogs und des direkten Gesprächs mit mir an und nicht selten hatte ich das Gefühl, gute Argumente wurden beiseite gewischt, weil sie vom Magistrat und/oder von mir kamen. Sei es in der Diskussion rund um die Abschaffung der Straßenbeiträge gewesen oder jüngst bei dem Ansinnen meiner Magistratskolleginnen und -kollegen und mir, den Kauf des Waldschwimmbads an den Abschluss eines Pachtvertrags für den Schlosspark zu koppeln. Für die Zukunft brauchen wir ein anderes Miteinander. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir alle hier sitzen, um Politik für die Menschen in dieser Stadt zu machen, und nicht, um immer Recht zu haben oder eine persönliche Bestätigung zu erlangen.

Zugleich möchte ich mich aber auch bei all jenen bedanken, die das Gespräch in den letzten Jahren gesucht haben und sich stets rede- sowie kompromissbereit in Debatten in den Fachausschüssen oder in der Stadtverordnetenversammlung verhielten. Ich danke Ihnen allen für Ihren ehrenamtlichen Einsatz, der Ihnen viel Zeit und Kraft

abringt. Ebenso danke ich Ihnen von Herzen dafür, dass es uns in den letzten Jahren trotz der einen oder anderen schwierigen Debatte und auch über die Inkaufnahme von Umwegen gelungen ist, so viel Gutes und Wertvolles für unsere Stadt anzustoßen.

Mein ausdrücklicher Dank gilt heute Abend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Lich für ihre Arbeit unter nicht immer ganz leichten Rahmenbedingungen. Ich danke der Verwaltung für die Erarbeitung einer weitsichtigen Grundlage für den städtischen Haushaltsplan sowie für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Lich. Ganz besonders danke ich dem neuen Team des Fachbereichs Finanzen unter der Leitung von Fachbereichsleiter Norman Schwart sowie seines Stellvertreters Noel Neumann, die es seit Juli – und das ist wirklich kein besonders langer Zeitraum bis zum heutigen Tage – überhaupt erst möglich gemacht haben, dass ich heute den Haushaltsplan und Wirtschaftsplan einbringen kann und nebenbei einen neuen Fachbereich aufbauen mit allem, was dazugehört. Haben Sie vielen, vielen Dank dafür.

Abschließend danke ich allen Besucherinnen und Besuchern sowie Zuschauerinnen und Zuschauern der Gremiensitzungen und der Presse für eine stets ausgewogene und regelmäßige Berichterstattung aus den städtischen Gremien, die die Menschen in die Lage versetzt, sich ganz aktuell ein Bild von politischen Prozessen in unserer Stadt zu machen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen für die anstehenden Haushaltsberatungen viel Kraft!

Vielen Dank!

